

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>	
42 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verfüllung eines Grundwasserteiches im B-Plangebiet Nr. 43 in Rieste)	241
43 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verfüllung einer Teichanlage in Bad Rothenfelde)	241
44 Haushaltssatzung des Landkreises Osnabrück für das Haushaltsjahr 2020	242
45 Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BIm-SchG), Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach, Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG	243
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>	
147 Abstufung der Kreisstraße 116 im Bereich der <b>Stadt Fürstenau</b> , Gemarkung Settrup, zur Stadtstraße	244
148 Abstufung der Kreisstraße 116 im Bereich der <b>Samtgemeinde Fürstenau</b> , Gemarkung Settrup, zur Gemeindeverbindungsstraße	245
149 Haushaltssatzung der <b>Gemeinde Berge</b> für das Haushaltsjahr 2020	246
150 Verordnung über die Aufhebung der Verordnungen über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage in der <b>Gemeinde Ostercappeln</b>	247
151 Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b> vom 03.06.2020 mit dem Tarif zur Gebührensatzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b>	247
152 Bekanntmachung der Genehmigung der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der <b>Samtgemeinde Artland</b>	248
153 Haushaltssatzung der <b>Gemeinde Rieste</b> für das Haushaltsjahr 2020	249

42

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

#### **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verfüllung eines Grundwasserteiches im B-Plangebiet Nr. 43 in Rieste)**

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

**Es wurde die Verfüllung eines Regenrückhaltebeckens an einem Gewerbestandort im B-Plangebiet Nr. 43 in Rieste beantragt.**

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Der zu verfüllende Teich weist keinerlei ökologische Funktionen auf und stellt daher auch keinen bedeutenden Lebensraum für an Gewässer gebundene Organismen auf. Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind daher nicht zu besorgen. Durch die Verfüllung wird ein Boden mit Filter und Pufferfunktion eingebaut. Der offene Grundwasseranschnitt wird verschlossen, so dass negative Auswirkungen auf das Grundwasser nicht zu erwarten sind. Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft sind nicht zu erwarten. Durch die Verfüllung sind weder Baudenkmale noch Bodendenkmale betroffen. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Relevante Abfälle fallen durch das Vorhaben nicht an. Risiken von Störfällen und Unfällen sowie Risiken für die menschliche Gesundheit sind nicht zu erwarten.

Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Die Verfüllung des Gewässers führt dazu, dass die verfüllte Fläche anschließend wieder zur Nutzung zur Verfügung steht. Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche sind nicht zu besorgen.

Der zu verfüllende Teich hat keine ökologische Funktion und es ist der Bau eines neuen Regenrückhaltebeckens mit verbesserter Wasserrückhaltung geplant. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser durch die Verfüllung sind unerheblich. Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 09.06.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Fachdienst Umwelt  
Die Landrätin  
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

43

#### **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Verfüllung einer Teichanlage in Bad Rothenfelde)**

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl.

I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

### **Es wurde die Verfüllung einer Teichanlage in Bad Rothenfelde beantragt.**

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Es sind keine Umweltauswirkungen erkennbar. Der vorhandene Aushub des Teiches soll zur Verfüllung genutzt werden, so dass keine Fremdmaterialien und keine Transportwege erforderlich sind. Der bestehende Teich ist seit einigen Jahren trockengefallen und es besteht keine Anbindung mehr an den Wasserhaushalt. Es befinden sich im Vorhabensbereich auch keine besonderen Strukturen für Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt. Negative Auswirkungen sind daher weder für das Schutzgut Wasser noch für das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu befürchten. Unter Berücksichtigung der Bauzeiten und der Sorgfaltspflichten sind Umweltverschmutzungen und Belästigungen nicht zu erwarten.

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Denkmäler liegen nicht im Einwirkungsbereich. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Es wird keine zusätzliche Fläche versiegelt. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Emissionen und Abfälle fallen durch das Vorhaben nicht an. Das Vorhaben wird das Landschaftsbild nicht verändern. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Es sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 10.06.2020

**Landkreis Osnabrück  
Fachdienst Umwelt  
Die Landrätin  
i. A. Olschewski**

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

**44**

### **Haushaltssatzung des Landkreises Osnabrück für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Osnabrück in der Sitzung am 09. März 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	614.111.400 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	614.795.600 Euro

1.3 der außerordentlichen Erträge auf	20.000 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

2. im **Finanzhaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen auf	631.985.300 Euro
2.2 der Auszahlungen auf	633.902.400 Euro

festgesetzt;

von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen

2.1.1 auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	606.697.000 Euro
2.2.1 auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	585.930.100 Euro

2.1.2 auf Einzahlungen für Investitionen	4.567.300 Euro
2.2.2 auf Auszahlungen für Investitionen	42.801.300 Euro

2.1.3 aus Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	20.721.000 Euro
2.2.3 auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	5.171.000 Euro

#### **§ 2**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 20.721.000 Euro festgesetzt.

#### **§ 3**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 56.147.000 Euro festgesetzt.

#### **§ 4**

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50.000.000 Euro festgesetzt.

#### **§ 5**

Die Umlagesätze für die Kreisumlage werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

44,0 % von den Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A, der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer

44,0 % von 90 % der Schlüsselzuweisungen des Landes an die kreisangehörigen Gemeinden unter Berücksichtigung der Maßgaben des Finanzverteilungsgesetzes.

#### **§ 6**

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne von § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 100.000 Euro nicht überschreiten.
- b) Die Wertgrenze für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Sinne von § 4 Abs. 6 Satz 1 KomHKVO wird auf 100.000 Euro festgesetzt.
- c) Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 100.000 Euro festgelegt.
- d) Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der zahlungswirksamen Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

Osnabrück, 09. März 2020

**Landkreis Osnabrück**  
Anna Kebschull  
Landrätin

### **Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020**

Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach den §§ 119 Abs. 4 und 120 Abs. 2 NKomVG sowie § 15 Abs. 6 NFAG erforderliche Genehmigung der §§ 2, 3 und 5 der Haushaltssatzung ist durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport am 15.06.2020, Az. 32.16-10302-459 (2020), erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 NKomVG vom 01.07.2020 bis zum 09.07.2020 nach vorheriger Terminabsprache (0541/501-2025) während der Öffnungszeiten (Mo.-Mi. und Fr. von 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr und Do. 08:00 Uhr bis 17:30 Uhr) im Fachdienst 11.1 - Finanzen und Controlling - des Landkreises Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, 16.06.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Anna Kebschull  
Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

45

### **Öffentliche Bekanntmachung Genehmigungsverfahren nach dem Bundes- Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach**

**Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG**

#### **1. Erläuterung des Vorhabens**

Die Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach.

Das Vorhaben soll an folgenden Standorten errichtet werden:

**Gemeinde Neuenkirchen, Gemarkung Lintern, Flur 5, Flurstücke 73/1 und 94 sowie Gemarkung Vinte, Flur 10, Flurstücke 12 und 20.**

Gemäß § 4 des BImSchG in der Neufassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1275) in der zurzeit geltenden Fassung i.V.m. § 1 und der Ifd. Nr. 1.6.2 des Anhangs Nr. 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 670) in der zurzeit geltenden Fassung bedarf das Vorhaben einer Genehmigung nach diesen gesetzlichen Vorschriften.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i.V.m. §§ 18, 19 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Die öffentliche Bekanntmachung erscheint in den örtlichen Tageszeitungen (Bramscher Nachrichten, Bersenbrücker Kreisblatt), dem Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück sowie gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) im Internet auf der Homepage des Landkreises Osnabrück ([www.landkreis-osnabrueck.de](http://www.landkreis-osnabrueck.de)) und gem. § 20 UVPG im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>).

Dieses Vorhaben wurde erstmalig bereits am 15.02.2020 öffentlich bekanntgemacht. Aufgrund der aktuellen Situation während der Corona-Pandemie und der dadurch bedingten Unterbrechung des öffentlichen Verfahrens werden die Auslegung der Antragsunterlagen sowie die Erörterung der Einwendungen nun nachgeholt.

#### **2. Auslegung der Antragsunterlagen**

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen in der Zeit vom

07.07.2020 – 07.08.2020

einschließlich beim Landkreis Osnabrück, Fachdienst Planen und Bauen, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, Raum 4080 aus und können Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 – 13:00 Uhr und Donnerstag von 8:00 – 17:30 Uhr eingesehen werden. Aufgrund der aktuellen Lage durch die Corona-Pandemie ist die vorherige Abstimmung eines Termins zur Einsicht der Unterlagen unbedingt erforderlich (Tel.: 0541 501 4682). Über die einzuhaltenden hygienerechtlichen Bestimmungen werden Sie bei der Terminabsprache informiert.

Des Weiteren liegen die Antragsunterlagen bei

- der Gemeinde Neuenkirchen, Fachbereich II – Planen, Bauen und Umwelt, Raum 4, Alte Poststraße 5-7, 49586 Neuenkirchen (Tel.: 05465 2010),
- der Stadt Bramsche, Fachbereich 4 - Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, Räume D59 bis D61, Hasestraße 11, 49565 Bramsche (Tel.: 05461 830),

zur Einsichtnahme während den jeweiligen Dienstzeiten aus. Auch hier sind die Termine zur Einsichtnahme vorab abzustimmen.

Die Antragsunterlagen sind im selben Zeitraum im Internet unter [www.landkreis-osnabrueck.de/auslegung](http://www.landkreis-osnabrueck.de/auslegung) und im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>) einzusehen.

Zu den Antragsunterlagen, die zur Einsichtnahme ausgelegt werden, gehören u.a. folgende umweltrelevante Unterlagen:

- Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht)
- Schalltechnische Untersuchung
- Schattenwurfprognose
- Einzelfallprüfung zur optischen Bedrängung
- Landschaftspflegerischer Begleitplan
- Artenschutzbeitrag
- Brutvogel- und Raumnutzungskartierung
- Rastvogelkartierung
- Kurzbericht Uhu-Vorkommen
- Untersuchung des Hirschkäfers
- FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Fledermauskundliches Gutachten
- Hydrogeologisches Gutachten

Etwaige Einwendungen gegen das o.a. Vorhaben können bei den vorgenannten Dienststellen schriftlich, elektronisch (per E-Mail an [jens.roewekamp@lkos.de](mailto:jens.roewekamp@lkos.de)) oder zur Niederschrift geltend gemacht werden. Sofern Einwendungen zur Niederschrift gelten gemacht werden sollen, ist dafür ebenfalls vorab ein Termin zu vereinbaren (Tel.: 0541 501 4682).

Die Einwendungen müssen die volle leserliche Anschrift mit Namen und Unterschrift tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen. Die Einwendungen werden dem Antragsteller zur Kenntnis gegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Namen und Anschrift nicht weitergegeben, sofern die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens nicht beeinträchtigt wird.

### **3. Ladung zum Erörterungstermin / zur Online-Konsultation**

Die bis zum 08.09.2020 eingegangenen Einwendungen werden am

**22.09.2020 um 10:00 Uhr**

im Rahmen eines Erörterungstermins im großen Tagungssaal des Museums am Schölerberg, Klaus-Strick-Weg 10, 49082 Osnabrück erörtert.

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 9. BImSchV) wird die Öffentlichkeit vom Erörterungstermin ausgeschlossen, um eine Ansteckungsgefahr durch COVID-19 möglichst gering zu halten. Zutritt haben demnach nur die Personen, die rechtzeitig bis zum 08.09.2020 Einwendungen erhoben haben und ihre Teilnahme am Erörterungstermin bis zum 08.09.2020 schriftlich oder elektronisch (per E-Mail an [jens.roewekamp@lkos.de](mailto:jens.roewekamp@lkos.de)) anmelden.

Es wird darauf hingewiesen, dass, sofern erforderlich, die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstel-

lers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Sofern durch die am Erörterungstermin teilnahmeberechtigten Personen eine Überschreitung der Raumkapazität des Tagungssaals zu befürchten ist oder aufgrund etwaiger erneuter Schließungen der Tagungssaal nicht zur Verfügung steht, wird die alternative Durchführung einer Online-Konsultation gem. § 5 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) vorbehalten. An der Teilnahme an der Online-Konsultation sind ebenfalls jene berechtigt, die ihre Einwendungen rechtzeitig bis spätestens zum 08.09.2020 erhoben haben. Die Durchführung einer Online-Konsultation sowie dessen Zeitraum und der Verfahrensablauf wird den Teilnehmenden rechtzeitig vorher mitgeteilt. Für diese Kontaktaufnahme ist mit der Einwendung möglichst die E-Mailadresse oder eine Telefon-/Handynummer mitzuteilen.

Sofern die erhobenen Einwendungen nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde keiner Erörterung bedürfen, findet der Erörterungstermin bzw. die Online-Konsultation nicht statt. Dies wird vorher rechtzeitig bekanntgegeben.

Einwendungen, die nach dem 08.09.2020 eingehen und im Erörterungstermin bzw. der Online-Konsultation nicht erörtert werden, werden aber bei der Entscheidung über den Genehmigungsantrag berücksichtigt.

Die Entscheidung über den Antrag bzw. über die Einwendungen wird allen am Verfahren Beteiligten zugestellt. Die Zustimmung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die bereits, aufgrund der ersten Auslegung der Antragsunterlagen, eingegangenen Einwendungen behalten weiterhin ihren Bestand. Die Einwender sind zur Teilnahme am Erörterungstermin bzw. der Online-Konsultation berechtigt. Für eine Teilnahme am Erörterungstermin ist eine schriftliche oder elektronische (per E-Mail an [jens.roewekamp@lkos.de](mailto:jens.roewekamp@lkos.de)) Anmeldung bis zum 08.09.2020 erforderlich.

**Osnabrück, den 30.06.2020**

**Landkreis Osnabrück**

Die Landrätin

Fachdienst Planen und Bauen

i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

#### **B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände**

**147**

### **Bekanntmachung**

**Abstufung der Kreisstraße 116**

**im Bereich der Stadt Fürstenau, Gemarkung Settrup,  
zur Stadtstraße**

I. Die in der Stadt Fürstenau, Gemarkung Settrup, Landkreis Osnabrück, gelegene Kreisstraße 116 von Abschnitt 10, Station 1055 bis Station 1593 in einer Gesamtlänge von 538,00 m (s. Anlage) wird mit Wirkung vom 01.01.2020 zur Stadtstraße abgestuft (§ 7 NStrG).

II. Neuer Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Fürstenau.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden.

Die Klage kann nach Maßgabe der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz (Nds. GVBl. 25/2011, S. 367 und GVBl. 19/2013, S. 250) bei diesem Gericht auch in elektronischen Form eingelegt werden. Bitte beachten Sie im Falle einer elektronischen Klageerhebung insbesondere, dass Ihre E-Mail mit einer qualifizierten Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen sein muss.

Fürstenau, den 03.06.2020

**Stadt Fürstenau**  
Die Bürgermeisterin  
Manuela Nestroy

(Siegel)



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

148

**Bekanntmachung**  
**Abstufung der Kreisstraße 116**  
**im Bereich der Samtgemeinde Fürstenau, Gemarkung**  
**Settrup, zur Gemeindeverbindungsstraße**

I. Die in der Samtgemeinde Fürstenau, Gemarkung Settrup, Landkreis Osnabrück, gelegene Kreisstraße 116 von Abschnitt 10, Station 0 bis Station 1055 in einer Gesamtlänge von 1055 m (s. Anlage) wird mit Wirkung vom 01.01.2020 zur Gemeindeverbindungsstraße abgestuft (§ 7 NStrG).

II. Neuer Träger der Straßenbaulast ist die Samtgemeinde Fürstenau.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden.

Die Klage kann nach Maßgabe der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz (Nds. GVBl. 25/2011, S. 367 und GVBl. 19/2013, S. 250) bei diesem Gericht auch in elektronischen Form eingelegt werden. Bitte beachten Sie im Falle einer elektronischen Klageerhebung insbesondere, dass Ihre E-Mail mit einer qualifizierten Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen sein muss.

Fürstenau, den 03.06.2020

**Samtgemeinde Fürstenau**  
Der Samtgemeindebürgermeister  
Benno Trütken

(Siegel)



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

## Haushaltssatzung der Gemeinde Berge für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Berge in seiner Sitzung am 06. Mai 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im <b>Ergebnishaushalt</b> mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1 der ordentlichen Erträge auf	3.073.100 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	3.032.300 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5 Jahresergebnis	40.800 €
2. im <b>Finanzhaushalt</b> mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.896.800 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.807.200 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	598.000 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	596.500 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	0 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	57.800 €
2.7 Finanzierungsmittelbestand	33.300 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

- Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	3.494.800 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	3.461.500 €

### § 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 160.000 € festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 480.000 € festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	360 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	360 v.H.
2. Gewerbesteuer	360 v.H.

### § 6

Über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10.000 € nicht übersteigen.

### § 7

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 200.000 € festgelegt.

**Berge**, den 08.06.2020

**Gemeinde Berge**  
Brandt  
Bürgermeister

### Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich. Der Landkreis Osnabrück – Kommunalaufsicht – hat mit Verfügung vom 08. Juni 2020, Aktenzeichen 11.3 Re, von der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan Kenntnis genommen.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 01. Juli 2020 bis 09. Juli 2020 nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Berge, Tempelstraße 8, 49626 Berge, öffentlich aus.

**Berge**, den 09.06.2020

**Gemeinde Berge**  
Brandt  
Bürgermeister

**Verordnung  
über die Aufhebung der Verordnungen  
über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage  
in der Gemeinde Ostercappeln**

Aufgrund des § 14 Abs. 1 des Ladenschlussgesetzes (LadSchlG) vom 28.11.1956 (BGBl. I S. 875), neugefasst durch Bekanntmachung vom 02.06.2003 (BGBl. I S. 744), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) i.V.m. § 1 und der lfd. Nr. 4.5 der Anlage 1 zur Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) vom 27. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 374 - VORIS 71000 -), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Februar 2019 (Nds. GVBl. S. 33), hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in seiner Sitzung am 24.03.2020 folgende Verordnung erlassen:

**§ 1**

Die Verordnung der Gemeinde Ostercappeln über die Freigabe eines zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntages nach dem Ladenschlussgesetz vom 25.06.1987 wird aufgehoben.

**§ 2**

Die Verordnung der Gemeinde Ostercappeln über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen in der Ortschaft Venne vom 25.03.1999 wird aufgehoben.

**§ 3  
Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 30. Juni 2020 in Kraft.

**Ostercappeln**, den 24. März 2020

**Gemeinde Ostercappeln**  
Der Bürgermeister  
Rainer Ellermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 12, 30. Juni 2020

**Gebührensatzung  
zur Friedhofssatzung der Stadt Georgsmarienhütte  
vom 03.06.2020**

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 8.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), sowie §§ 1, 2, und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom

24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), erlässt der Rat der Stadt Georgsmarienhütte folgende Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Georgsmarienhütte:

**§ 1  
Allgemeines**

Für die Inanspruchnahme der städtischen Friedhöfe und der städtischen Friedhofskapellen werden Gebühren nach dem dieser Satzung anliegenden Tarif erhoben.

**§ 2  
Gebührenpflichtige**

1. Zur Zahlung der Gebühren ist verpflichtet
  - a. wer die Bestattung / Beisetzung / sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Satzung beantragt oder durch ihm zurechenbares eigenes Verhalten (mit) ausgelöst hat,
  - b. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
  - c. wer die Gebührenschuld gegenüber der Gemeinde durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet,
  - d. wem nach § 8 Absatz 3 Niedersächsisches Bestattungsgesetz die Bestattungspflichtig obliegt.
2. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

**§ 3  
Entrichten der Gebühren**

Die Gebührenschuld entsteht mit der Anmeldung. Die zu erhebenden Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

**§ 4  
Billigkeitsmaßnahmen**

Gebühren können im Einzelfall auf Antrag aus Billigkeitsgründen wegen persönlicher oder sachlicher Härte gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

**§ 5  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.07.2020 in Kraft.

Gleichzeitig wird die Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Georgsmarienhütte vom 16.02.2017 aufgehoben.

**Georgsmarienhütte**, 04.06.2020

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Die Bürgermeisterin  
Bahlo







## § 7

Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

## § 8

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 240.000 EUR festgesetzt

**Rieste**, den 16.06.2020

**Gemeinde Rieste**  
Der Bürgermeister  
Hüdepohl

### **Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020**

Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 120 Abs. 2 und § 122 Abs. 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist für die § 2 (Kreditermächtigung) und § 4 (Höchstbetrag der Liquiditätskredite) der Haushaltssatzung erforderliche Genehmigung durch den Landkreis Osnabrück am 15.06.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 01.07.2020 bis 10.07.2020 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung, Bahnhofstraße 23, 49597 Rieste, während der Dienststunden öffentlich aus.

Darüber hinaus kann der Haushaltsplan im Internet eingesehen werden unter <https://www.bersenbrueck.de/staticsite/staticsite.php?menuid=3106&topmenu=20>

**Rieste**, den 16.06.2020

**Gemeinde Rieste**  
Der Bürgermeister  
Hüdepohl

#### Nachtrag zum Veröffentlichungshinweis:

*Alle Interessierten, die die Haushaltssatzung 2020 einsehen möchten, setzen sich bitte mit der Gemeinde Rieste, Tel. (05464) 6203-0, Mail: [info@rieste.de](mailto:info@rieste.de), in Verbindung.*